



zeigt etwa auch die vergleichsweise hohe Fluktuation im Kieler Frauenhaus im Vergleich zu Einrichtungen anderer Städte.

Die Pläne der Landesregierung, die Fördersumme pro Einwohnerinnen in Kiel um etwa ein Drittel zu reduzieren, werden zu einer erheblichen Ausdünnung des Angebots führen. So soll eine Beratungsstelle überhaupt keine Förderung mehr erhalten. Diesen Rückgang an Landesmitteln kann die LH Kiel nicht kompensieren.

Es ist zu konstatieren, dass die großen Städte in Schleswig-Holstein mit einer anderen, dichten Problemfülle zu tun haben als der ländliche Raum. Damit sprechen wir nicht gegen eine Ausweitung des Angebots in den Kreisen, sondern gegen eine Einschränkung der Angebote in Kiel. Zugleich nutzen auch die EinwohnerInnen des Kieler Umlandes die spezifischen Angebote, wie sie nur in Kiel vorgehalten werden.

Aus diesen Gründen ist es dringend erforderlich, die Interessen der Stadt gegenüber der Landesregierung deutlich zu vertreten.

gez. Ratsfrau Lietzow                      f.d.R.

gez. Ratsfrau Günther                      f.d.R.

gez. Ratsfrau Fehimli                      f.d.R.

Ratsfrau Danker